

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigenblätter entgegen. - Größtenteils werktäglich. Preis pro Anzeiger Nr. 53.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigenblätter entgegen. - Größtenteils werktäglich. Preis pro Anzeiger Nr. 53.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigenblätter entgegen. - Größtenteils werktäglich. Preis pro Anzeiger Nr. 53.

Nr. 82

Sonnabend, den 5. April 1924

19. Jahrgang

Zusammenfassung der Kräfte oder Katastrophopolitik.

Von Dr. RALPH W. D. R.

Am 2. Februar der Reichspräsident auf Antrag der Reichsregierung den Reichstag auflöste, vorbereitete sich der Reichspräsident vor der Bekanntgabe der Auflösungsbescheidung in einer ziemlich ausführlichen Begründung dieser Maßnahme. Es hätte ein Satz zur Begründung genügt: „Der Reichstag erweist sich in einer festen Mehrheitsbildung und damit zu positiver Arbeit nicht mehr als fähig“. Der Reichspräsident hat in seinen Worten in kurzen, martialischen Sätzen das Programm folgen lassen, unter dem die Regierung an das Volk appellierte und in den Wahlkampf zu gehen bereit war. Das damals verkündete und jetzt die Reichsregierung ausbleibt nachzuholen. Die Reden, die der Reichspräsident, der Außenminister, der Innenminister und der Wirtschaftsminister in letzter Zeit gehalten haben, stellen sich als einen von Seiten der Regierung unternommenen Versuch dar, der Wahlbewegung Ziel und Richtung zu geben. Im Staate mit parlamentarischer Regierungsform wird man an sich ein solches Verfahren für richtig halten müssen, wenn schon zum Beispiel in der französischen Republik den aktiven Ministern im Wahlkampf die weitestgehenden Beschränkungen gesetzlich auferlegt sind. In dem, was die deutschen Reichsminister in ihren Reden ausgesprochen haben, ist mancher ausgezeichnete politische Gedanke verkörpert, aber der Temps hat doch bis zu einem gewissen Grade Recht, wenn er vor allem von der Rede Stresemanns behauptet, daß in ihr der Parteimann stärker zum Ausdruck komme als der Staatsmann. Die Bedeutung und Wirkung der Stresemann'schen Rede in Hannover braucht durch diesen Einschlag nicht notwendigerweise abgeschwächt zu werden. Bedenklicher ist es schon, wenn die Begleitmusik, die zu einer Ministerrede von der politischen Erfolglosigkeit des Ministeriums angestimmt wird, sich eines anderen Notensystems bedient. „Wir müssen uns zu diesem Staate bekennen, wie er ist.“ so hat man es in der letzten Zeit wiederholt aus dem Munde Stresemanns gehört; das ist ein klarer und staatsmännlicher Satz. Aber in dem Wahlkampf, den die Volkspartei in Hannover in Anbacht an die Rede Stresemanns festgelegt hat, da kämpft die Partei des republikanischen Außenministers „unter dem alten Farben schwarz-weiß-rot“ und hofft auf ein „deutsches Volkstafelberg“. Man kann bei weitherziger Auslegung der Worte nicht sagen, daß dies als ein Bekenntnis „zu einem Staate, wie er ist“ gewürdigt werden kann. Welche von beiden Tendenzen soll nun gelten? Sollen wir uns, in diesem Wahlkampf die klare Linie zu verlieren oder aus parteitaktischen Gründen stimmungsabhängige Konzeptionen auf Kosten der großen staatspolitischen Notwendigkeiten zu machen. Wenn ja, so ist es jetzt geboten, die Wahlbewegung als politischen Aufführungsdiens am deutschen Volke zu betrachten.

Das deutsche Volk ist auch heute noch so wenig realpolitisch und so stark wunschpolitisch eingestellt, daß immer noch in weiten Kreisen die plumpeste Irrführung und Schaumfängererfolg hat. Es steht aber jetzt so unendlich viel für uns auf dem Spiele, daß verantwortungsbewusste Politiker ihr Bestes und Begies einbringen müssen für den Kampf und das Ringen um die Seele und den Verstand des deutschen Volkes. Nur schwer und mühsam freilich wird ein Erfolg zu erringen sein; die Grenzen der politischen Einsicht des Deutschen sind im allgemeinen so eng wie die der Kleinstaaten, in denen er jahrhundertlang seinen politischen Anschauungsunterricht genossen hat, und die politische Urteilsbildung ist so geringfügig, wie das deutsche Parteilwesen, in dem wir bei der letzten Wahl nun glücklich bei einem Sortiment von 29 Parteien angelangt sind. Der Sinn und der Blick für die großen Zusammenhänge sind einseitig und getrübt, aber doch ist eben Deutschlands Existenz als Staat, Volk und Wirtschaftskörper nach dem verlorenen Kriege viel stärker als früher außenpolitisch bedingt. Die täglich sich verstärkende Wahlbewegung darf nicht dazu führen, die außenpolitischen Vorgänge aus dem Auge zu verlieren. Wir müssen uns klar darüber bleiben, daß der Ausfall der Reichstagswahlen von ausschlaggebender Bedeutung auf außenpolitischen Gebieten sein wird.

Die kommenden Wochen und Monate werden die Entscheidung darüber bringen, ob uns eine erteilte Repelung der Reparationen und ein Moratorium gewährt werden wird oder nicht. Der Wille der bekannten Sachverständigenausschüsse geht zweifellos dahin, uns beides zuzugestehen. Aber der Weg vom Willen zur Tat führt über die Reparationskommission und über Frankreich, und dort wird bei den endgültigen Entscheidungen eine ausschlaggebende Rolle die politische Gesamteinstellung des deutschen Volkes spielen, wie sie in dem

Reichstagswahlen ihr Spiegelbild finden wird. Kann wirklich ein Deutscher so einfach sein, zu verkennen, daß eine radikale nationalistische Entwicklung in Deutschland die beste Hilfe für den französischen Imperialismus bedeuten müßte? Die jetzige Neubildung der französischen Regierung gibt einen Vorgeschmack hieron, denn diese Regierung ist ihrerseits bereits eine Konzentration des Boineartismus. Nach dem entsprechenden Ausfall der deutschen Wahlen würde eine Potenzierung im französischen Parlament und in der französischen Regierung folgen, und der britische Minister Wedgwood würde mit seiner Befürchtung Recht behalten, daß eine Rechtsradikalisierung der deutschen Politik eine katastrophale Verschlechterung der politischen Lage Europas nach sich ziehen würde. Es klingt ja schön und stolz, wenn man in einer Volksversammlung oder in einer zur politischen Schaubühne entarteten Gerichtsverhandlung in den Saal schreitet: „Wir werden die schwarz-weiß-rotten Fahnen fliegend über den Rhein tragen“, aber der wirklichen Befreiung von Rhein und Ruhr dient man mit solchen Deklamationen nicht, auch nicht der Festigung unserer innerpolitischen Zustände. Da traf schon der General von Seeck in seinem Befehl vom 4. November 1923 das Richtige: „In harter, nüchternen Arbeit auf dem Boden von Genuß und Verfassung besteht die einzige Möglichkeit zum Weiterleben“.

Die Grundfrage bei den Reichstagswahlen ist für den deutschen Wähler diesmal so klar und einfach wie selten gestellt: Will das deutsche Volk in harter, zäher Arbeit eine Entlastung von dem von außen her auf ihm ruhenden Druck und einen organischen Wiederaufbau im Innern, oder will es eine Katastrophopolitik. Wer das Letztere will, der soll in das Lager gehen, in dem man ohne Waffen, ohne Geld, ohne Bundesgenossen mit dem Rufe „Siegereich woll'n wir Frankreich schlagen“ kämpft, das deutsche Problem als Weltproblem lösen zu können, aber in das andere Lager, in dem der Irrewahn solche Orgeln feiert, daß unter dem Sowjetstern dem deutschen Volke Hell widerfahren könnte. Ein Meer von Blut und Tränen wird auf beiden Seiten das Ende sein. Soll's noch nicht genug sein des Elends und Jammers, das über uns hereingebrochen ist? Gehört wir, ich mehr als ein Mindestmaß von politischem Intellekt dazu, um zu erkennen, daß wir nur durch Jahre ruhiger Entwicklung, durch eine Konzentration unserer Kräfte zu einer Wiedererlangung unserer nationalen und wirtschaftlichen Lebensfähigkeit gelangen können! Unser einziges politisches Denken und Handeln muß dienstbar gemacht werden der einen großen realpolitischen Notwendigkeit der Festigung von Staat und Wirtschaft. Nationalistische Phrasen sind hierfür ein ebenso wenig geeignetes Mittel wie der politische Radikalismus, wie das Herbeibringen aller möglichen fernliegenden und nebensächlichen Probleme in die politische Fragestellung. Es geht um die Lebensfrage des deutschen Volkes schlechthin.

Eiberfeld besetzt

Nach Meldung der „Reinisch-Westfälischen Sta.“ aus Eiberfeld, sind französische Truppen im Norden der Stadt auf Eiberfelder Gebiet vorgezogen. Sie haben eine Reihe von auf Eiberfelder Gebiet gelegenen Häusern in das besetzte Gebiet einbezogen.

Nach dem Waffenstillstandsvertrag und Versailleser Vertrag gehört das Eiberfelder Gebiet zu dem von den Engländern besetzten Brückenkopf Köln vorgelagerten neutralen Zone und darf daher von den Franzosen nicht besetzt werden. Ungeachtet dieser Bestimmungen umgingen die Franzosen zu Beginn der Ruhrbesetzung die Stadt und zogen im Westen von Wannen, der Schwesterstadt Eiberfelds, eine Nord-Südlinie Hattlingen-Danzenberg-Bohwinfel-Aronenberg, griffen aber außerdem nach Nordosten auf die Bahnhöfe Densteh und Borhalle bei Hagen über, so daß Eiberfeld praktisch seit Januar 1923 von allen Seiten eingeschlossen war. Im Frühherbst 1923 brangen die Franzosen von Bohwinfel schon einmal in die Stadt vor, um die Reichsbank auszurauben, verhielten sich aber nach dem selben Tage unter Mitnahme zahlreicher Geiseln. Der neue Vorstoß von gestern, der kaum anderen als Raubzwecken dienen kann, muß entweder von der Hagenen Nordost-Seite oder von der Nord-Südlinie her erfolgt sein.

Verhärfung des Eisenbahnerstreiks.

Wie der Deutsche Eisenbahnerverband mitteilt, ist über den gesamten Eisenbahnbezirk Groß-Hamburg die Sperre verhängt worden. Das eigenmächtige Verlassen der Arbeitsstellen greift weiter um sich. Die Streikbewegung hat inzwischen auch auf die Eisenbahnwerkstätten Quedlinburg übergriffen. Dort wurden 160 Arbeiter wegen Verweigerung der verlängerten Arbeitszeit entlassen. Die Reichsbahndirektion hofft, den Betrieb mit

Unterstützung der technischen Notdienste, die bereits eingegriffen hat, aufrechtzuerhalten.

Die Eisenbahnerbewegung hat auch auf Freiburg i. Br. übergriffen. Die sabbatlichen Eisenbahner schellen gewillt, eine Berliner Einigung abzulehnen und auf vollständiger Erfüllung der gestellten Forderungen zu bestehen.

Gestern nachmittag hat der größere Teil der Arbeiter der Betriebswerkstätten Nürnberg-Gaumburg und Nürnberg-Rangierbahnhof die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter begründen den Streik mit Lohnforderungen und beachten ihm außerdem als einen Sympathiestreik für die im Auslande verharrenden Arbeiter der Station Nürnberg-Rangierbahnhof. Die erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes sind getroffen.

Halbamtliche Londoner Mitteilungen über die Sachverständigenvorschläge.

Nach in London eingetroffenen halbamtlichen Mitteilungen haben sich die Sachverständigen auf folgenden einstimmig angenommenes Programm geeinigt:

1. Die Selbständigkeit der deutschen Regierung in wirtschaftlichen Fragen muß in den besetzten Gebieten wiederhergestellt werden. Die Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet muß aufgehoben werden. Die Eisenbahnen des Ruhr- und des Rhein-gebietes sind wieder der deutschen Leitung zu unterstellen. Alle Maßnahmen, die die Tätigkeit der deutschen Industrie einengen, müssen beseitigt werden. Ueber die militärische Räumung des Ruhrgebietes haben die Sachverständigen keine Meinung ausgesprochen.

2. Deutschland erhält ein Moratorium auf vier Jahre. Während dieses Moratoriums müssen die Reparationsleistungen fortgesetzt und die Kosten der Besatzungstruppen bezahlt werden. Für diese Leistungen kann Deutschland jedoch eine Anleihe aufnehmen, die aus dem Einnahmen der Eisenbahn sichergestellt wird. Der Wert der Sachleistungen und die Zahlungen für die Besatzungskosten sollen zusammen auf etwa eine Milliarde Goldmark begrenzt sein. Sollte sich Deutschlands Finanzlage außerordentlich schnell bessern, so ist an Hand eines beigefügten Wohlstandsindex die Ausnahme von Verzinsungen in kleinerem Umfange in den letzten beiden Jahren als Möglichkeit vorgesehen.

3. Nach Ablauf des vierjährigen Moratoriums sollte Deutschland jährlich 2,5 Milliarden Goldmark an Reparationen. Diese Zahlungen sollen sichergestellt werden durch folgende Einnahmen: 1200 Millionen Goldmark aus dem Ertrag der Zölle und der Monopole auf Zucker, Branntwein und Tabak; 860 Millionen aus einer Hypothek auf die Reichseisenbahnen; 860 Millionen aus verschiedenen Hypotheken auf den industriellen und landwirtschaftlichen Besitz; annähernd 300 Millionen aus einer Verkehrssteuer.

Soweit diese halbamtliche Mitteilung, was daran wahr ist, wird die nächste Woche zeigen. Außerdem sind das ja schließlich nur Vorschläge, und niemand weiß vorläufig, was davon durchgeföhrt werden wird.

Englands Kritik an der deutschen Note.

Die „Times“ kritisieren die deutsche Note scharf und behaupten, Deutschland habe technisch keinerlei Recht, das Aufheben der Inspektion durch die Kommission zu verlangen. Deutschland sei allerdings so enttafft, daß es unabhnglich einen modernen Krieg föhren könnte, aber Frankreich befürchtet nun einmal, Deutschland habe während des letzten Jahres wieder gerüstet, und keine Mobilisation des heutigen Systems sei möglich, bevor diese Befähigung nicht als unangenehm erwiesen werde. Die „Times“ schließen dann im alten hochmütigen Stil: „Sollten wir nicht die Militierten, nicht Deutschland darüber zu entscheiden, wann die Inspektion der Kommission aufhören sollte.“

In diesem Deltatrag hört man wohl die authentische Stimme des Foreign Office, aus der Umgebung Macdonalds, aber kaum seine eigene Meinung, und das nicht die seiner Partei, auf deren Führer die deutsche Note tatsächlich einen recht günstigen Eindruck gemacht haben soll. Es heißt, daß Poincaré letzte Woche noch rechtswidrige Erklärung, er werde weder Ruhr noch Rhein räumen, bevor Deutschland nicht den letzten Pfennig bezahlt habe, selbst Macdonalds ungläubigem Optimismus einen bösen Stoß versetzte.

Jarres über die Teilnahme der Reichsregierung an der Trauerfeier für Dreyer.

Im Anschluß an die in der Antistehenden Presse namentlich im „Vorwärts“ erschienenen Angriffe gegen die Reichsregierung wegen des Verlaufs der Trauerfeier für den in französischer Gefangenschaft verstorbenen Wilhelm Dreyer, hatte ein Vertreter des „Zeit“ eine